

**SOLIDARITÄT
BEWEGT**

Wer sind die
Superreichen?

Seite 4

**SOLIDARITÄT
BEWEISEN**

Weniger Arbeit
ist gesund

Seite 12

**SOLIDARITÄT
VERBINDET**

Tausende tote
Arbeiter in Katar

Seite 18

**SOLIDARITÄT
LEBEN**

Preisvorteile für
den Winterspaß

Seite 24

Ausgabe
Nummer

998

Dez. 2022

Solidarität

DAS ÖGB-MAGAZIN FÜR ÖSTERREICHS ARBEITSWELT

WWW.OEGB.AT



Gewinnspiele!

*Mitmachen und mit
etwas Glück viele tolle
Preise gewinnen!*

S. 3, 25, 26, 27

Gleiches Geld, weniger Arbeit?

DIE ZEIT IST REIF FÜR EINE ARBEITS-
ZEITVERKÜRZUNG. DARIN SIND SICH
BESCHÄFTIGTE QUER DURCH ALLE
BERUFE UND BRANCHEN EINIG. DREI
ARBEITNEHMERINNEN HABEN UNS
ERZÄHLT, WIE IHR LEBEN AN QUALI-
TÄT GEWONNEN HAT.

ÖGB



ANDREAS BERGER, LEITER ÖGB-KOMMUNIKATION

Wir müssen es nur tun!

Wie viele Krisen braucht es noch, bis auch die Superreichen einen Beitrag leisten? Wenn es nach den Plänen des ÖGB geht, ist die Frage längst geklärt. **Schon lange fordern wir eine Millionärssteuer und damit eine gerechte Beteiligung der ganz wenigen ganz Reichen.** Mindestens genauso lange hören wir schon, warum das nicht möglich sein sollte. **Ab Seite 4 hat das Team der Solidarität die wichtigsten Fragen rund um das Thema zusammengetragen – und zeigt dir, welche Ausreden ganz sicher falsch sind.** Wir widmen uns damit wieder der massiven Teuerung – diesmal mit einem Vorschlag, wer dringend zur Kasse gebeten werden muss, damit ArbeitnehmerInnen nicht auf der Rechnung sitzen bleiben.

Apropos Ausreden, die wichtige Ideen bremsen: Der Protest war groß, als 1975 die Arbeitszeit auf 40 Stunden reduziert wurde. Die Wirtschaft könne sich das nicht leisten, hieß es damals. Man hörte die gleichen Argumente, die auch heute vorgetragen werden, wenn es um die nächste Arbeitszeitverkürzung geht. **Wir haben in drei Betrieben nachgefragt, was sich verändert hat, nachdem die Arbeitszeit verkürzt wurde, die Bezahlung aber die gleiche geblieben ist (Seite 12).**

Gerade findet in Katar die Fußball-WM statt. Bei aller Begeisterung für den Sport dürfen wir nicht vergessen, unter welchen Bedingungen auf den Baustellen vor Ort gearbeitet wurde und wie es um die Menschenrechte im Land steht. **Unser Kollege Marcus Strohmeier war vor einiger Zeit vor Ort und hat sich selbst ein Bild gemacht.** Wir haben ihn um seine Erinnerungen gebeten (Seite 20).

Die Zeit bis Weihnachten verkürzen wir dir auch diesmal wieder mit Angeboten und Spartipps aus unseren Mitgliederangeboten (ab Seite 24). **Und zu gewinnen gibt es natürlich auch wieder einiges.**

Viel Spaß bei Lesen!
soli@oegb.at

Ausgewählte Mitwirkende dieser Ausgabe



ALINA BACHMAYR-HEYDA
Die Redakteurin hat sich für diese Ausgabe in die Welt der Superreichen begeben. Und sich dabei ca. eine Million Mal gefragt, warum die Reichsten des Landes nicht endlich fair besteuert werden.



MARCUS STROHMEIER
Der Internationale ÖGB-Sekretär war in Katar, um sich ein Bild von den erschütternden Arbeitsumständen während der WM-Vorbereitungen zu machen. Die Eindrücke haben Spuren hinterlassen.



OSKAR BISCHOF
Der Grafiker hat aus dieser Ausgabe ein kleines Aquarium gemacht. Die dicken Fische zeigen uns, wie das Vermögen in Österreich verteilt ist und warum wir trotz Arbeit niemals richtig reich werden.



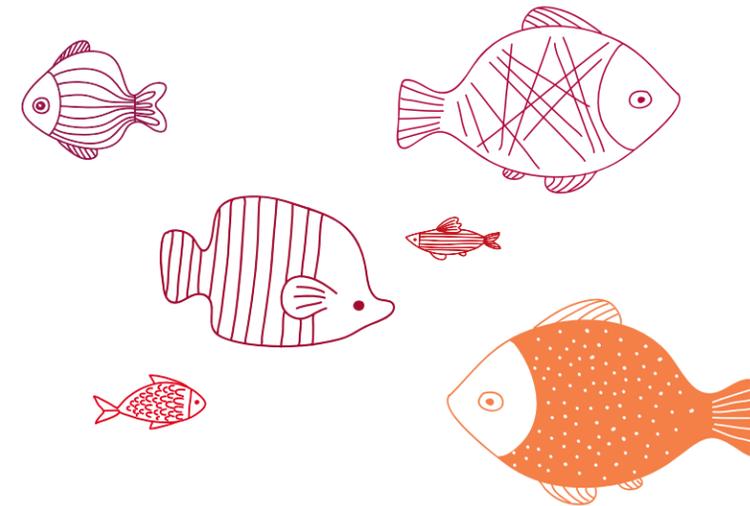
SOLIDARITÄT DAMALS

1962

MEIN JAHRGANG

Die gelernte kaufmännische Angestellte **Eleonora Hostasch** war eine der ersten Frauen, die in die männerdominierte ArbeiterInnenbewegung eindrang. Im Jahr 1975 wurde sie zur ersten Betriebsratschefin bei der BAWAG, im Jahr 1989 zur ersten Frau an der Spitze einer Gewerkschaft gewählt (GPA) und von 1994 bis 1997 war sie die erste Präsidentin der Bundesarbeitskammer. Außerdem saß sie im Nationalrat und von 1997 bis 2000 war sie Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Für die leidenschaftliche Sozialpartnerin und Gewerkschafterin stand stets der Mensch im Mittelpunkt.

➔ Weiterlesen:
oegb.at/eleonarahostasch



Wie angelt man sich einen Millionär?

Österreichs Superreiche: Wo verstecken sie ihr Geld und warum ist es wichtig, dass wir große Vermögen und Erbschaften endlich fair besteuern? **Seite 4**



Gesund & entspannt

Das passiert, wenn man weniger arbeitet – und trotzdem gleich viel verdient. **Seite 12**



Tausende Tote in Katar

Eine WM der Menschenrechtsverletzungen: Was wird vom Fußball-Großereignis im Wüstenstaat bleiben? **Seite 20**



Facebook, Instagram, YouTube und Co. In diesem Heft findest du neben spannenden Geschichten und hilfreichen Tipps für deinen Arbeitsalltag unterschiedliche Möglichkeiten, die Angebote des ÖGB auch online zu nutzen. Die Symbole neben den Geschichten helfen dir dabei.

So kannst du die QR-Codes einfach scannen und direkt auf aktuelle Umfragen, nützliche Infos, Podcasts, Videos und vieles mehr zugreifen. Halte dazu deine Handykamera über die Codes im Heft und folge dem angezeigten Link. **Probiere es gleich hier aus!**



Auf unseren Social-Media-Kanälen diskutiert die ÖGB-Community täglich über aktuelle Themen. Sei dabei und folge uns auf Facebook, YouTube, Instagram und Twitter. Wir freuen uns auch über dein Feedback: Wie gefallen dir die Möglichkeiten, zwischen Print und Online zu wechseln? **Schreib uns an soli@oegb.at!**

SOLIDARITÄT BEWEGT

- Millionärssteuer: ein falsches Tabu** 9
Kommentar: Wolfgang Katzian
- 66.000 Euro weniger in 20 Jahren?** 11
Warum Einmalzahlungen ein Schmäh sind
- Inflation trifft Ärmste doppelt** 11
Arbeitslosengeld auf 70 Prozent erhöhen!
- Her mit dem Wärmepaket!** 11
ÖGB fordert Energiepreisdeckel

SOLIDARITÄT BEWEISEN

- In Zukunft wird weniger gearbeitet!** 12
Was Österreichs Beschäftigte wollen
- FacharbeiterInnen braucht das Land!** 16
Der Anton-Benya-Preis wurde vergeben

SOLIDARITÄT VERBINDET

- Maximale Freizeit 2023** 18
Urlaubsplanung zum Nachmachen
- ÖGB-Erfolge 2022** 19
Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen
- Bundeskongress 2023** 19
Der ÖGB stellt die Weichen neu
- Jede fünfte Frau!** 21
Im Kampf gegen Gewalt an Frauen
- Gewerkschaft zum Nachhören** 22
Der ÖGB-Podcast Nachgehört / Vorgedacht
- Was bedeutet eigentlich ...?** 22
Pensionssplitting: kein Schutz vor Altersarmut
- Pflegereform: Gefahr in Verzug!** 23
Krankenhäuser schlagen Alarm

SOLIDARITÄT LEBEN

- Günstig auf die Skipiste** 24
Winter-Preisvorteile und Gewinnspiel
- Kreuzworträtsel** 26
Mitmachen und Goodie-Bags gewinnen!
- Das liebe Geld und das Leben** 27
Buchtipps und Gewinnspiel

Wie angelt man sich einen Millionär?

Wer sind Österreichs Superreiche? Warum wäre eine Besteuerung von Erbschaften und Vermögen besonders wichtig? Was haben uns andere Länder voraus? Wir haben die wichtigsten sieben Punkte zusammengefasst.

TEXT: ALINA BACHMAYR-HEYDA

1 Wer sind Österreichs Superreiche?

Immobilien-Tycoon René Benko, Glücksspielkonzern-Novomatic-Vorstand Johann Graf, die Familien Swarovski (vom gleichnamigen Glitzerstein-Konzern) und Porsche-Piëch (die die Mehrheit am Volkswagen-Konzern hält): Es gibt einige ÖsterreicherInnen mit klingenden Namen, die aus ihrem Reichtum kein Geheimnis machen. Sie zieren Jahr für Jahr die Reichsten-Listen von „Forbes“ und „trend“-Magazin. Doch obwohl diese Rankings durch die Schlagzeilen des Landes geistern, ist eine realistische Einschätzung der Vermögen schwierig. Denn öffentliche Angaben zu ihrem Vermögen müssen die Reichsten der Reichen nicht machen.

So viel ist aber bekannt: Eine Studie der Oesterreichischen Nationalbank zeigt, dass Österreichs Superreiche noch weitaus mehr besitzen als bisher angenommen. Das reichste Prozent hält bis zu 50 Prozent allen Hab und Guts im Land. Damit hortet eine kleine Gruppe mehr Vermögen, als 99 Prozent aller Menschen in Österreich gemeinsam besitzen.

€ 54.339,43

braucht eine 4-köpfige Familie ein Jahr lang zum Leben (inkl. Miete, Fixkosten, Öffis, Nahrungsmittel, Kinderbetreuung etc.)

€ 1,3 Mio.

verdient ein Koch im Schnitt im Laufe seines ganzen Lebens – brutto. Ohne einen Cent ausgegeben zu haben.

€ 70 Mio.

verdiente der Extremsportler Felix Baumgartner angeblich für seinen Stratosphären-Sprung.

zweistelliger*
Millionenbetrag

Die Millionenerbin Marlene Engelhorn wird einen zweistelligen Millionenbetrag erben – ohne je einen Tag dafür gearbeitet zu haben. Sie fordert: „Besteuert mich!“

* Markierung bei 99 Millionen

Überreich in Österreich?

Während der Reichtum der MilliardärInnen in Österreich steigt und steigt, haben immer mehr Menschen kaum genug zum Leben. Und selbst große Beträge, wie etwa eine Million Euro, sind im Vergleich zum riesigen Vermögen der Superreichen nichts. Zur Einordnung: Jeder kleine, weiße Fisch in dieser Darstellung steht für 100 Millionen Euro. Aber wie viel Geld ist das eigentlich?

Foto © ELISABETH MANDEL

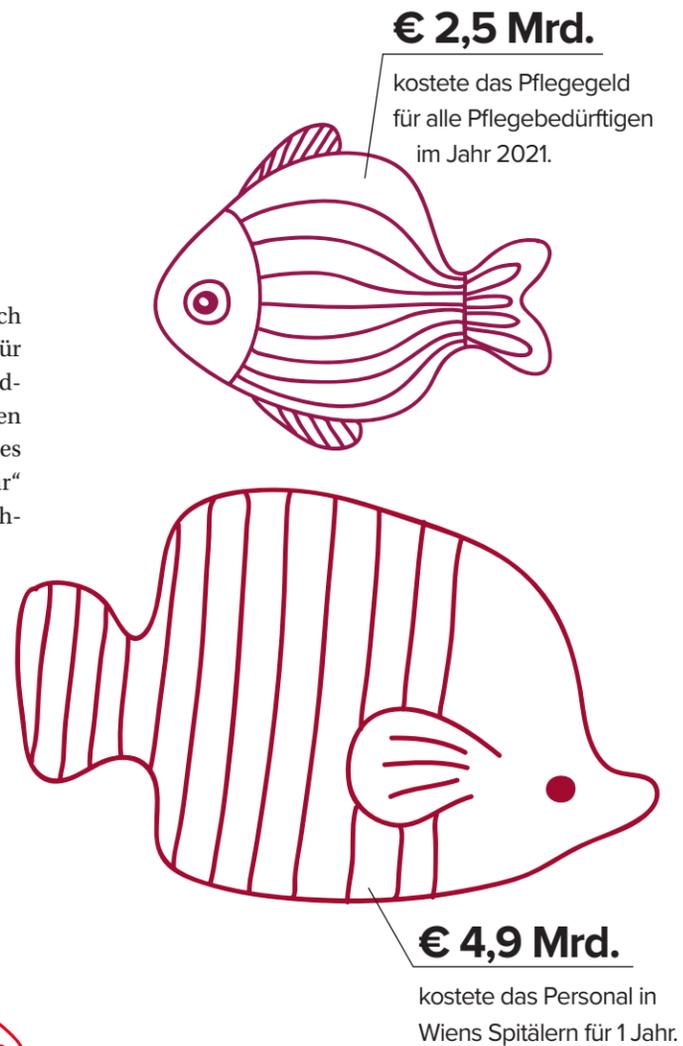
2. Ich will MillionärIn werden! Muss ich einfach fleißig sein?

Laut Global Wealth Report gab es zwar in Österreich 2021 über 270.000 Dollar-MillionärInnen, aber für alle, die sich Hoffnungen machen, selbst irgendwann zu dieser illustren Runde zu gehören, haben wir schlechte Nachrichten. Mit ehrlicher Arbeit ist es in einem (Berufs-)Leben nicht möglich, auch „nur“ eine Million Euro anzuhäufen. Der/Die durchschnittliche ArbeitnehmerIn müsste dafür rund 40 Jahre arbeiten, ohne Geld für Wohnen, Essen, Kleidung oder Urlaub auszugeben. Wer wirklich reich werden will, sollte erben. In Österreich kommen die Vermögen der reichsten Familiendynastien zudem nicht selten noch aus der Monarchie, oder aus Arisierungen und Zwangsarbeit während der NS-Zeit.



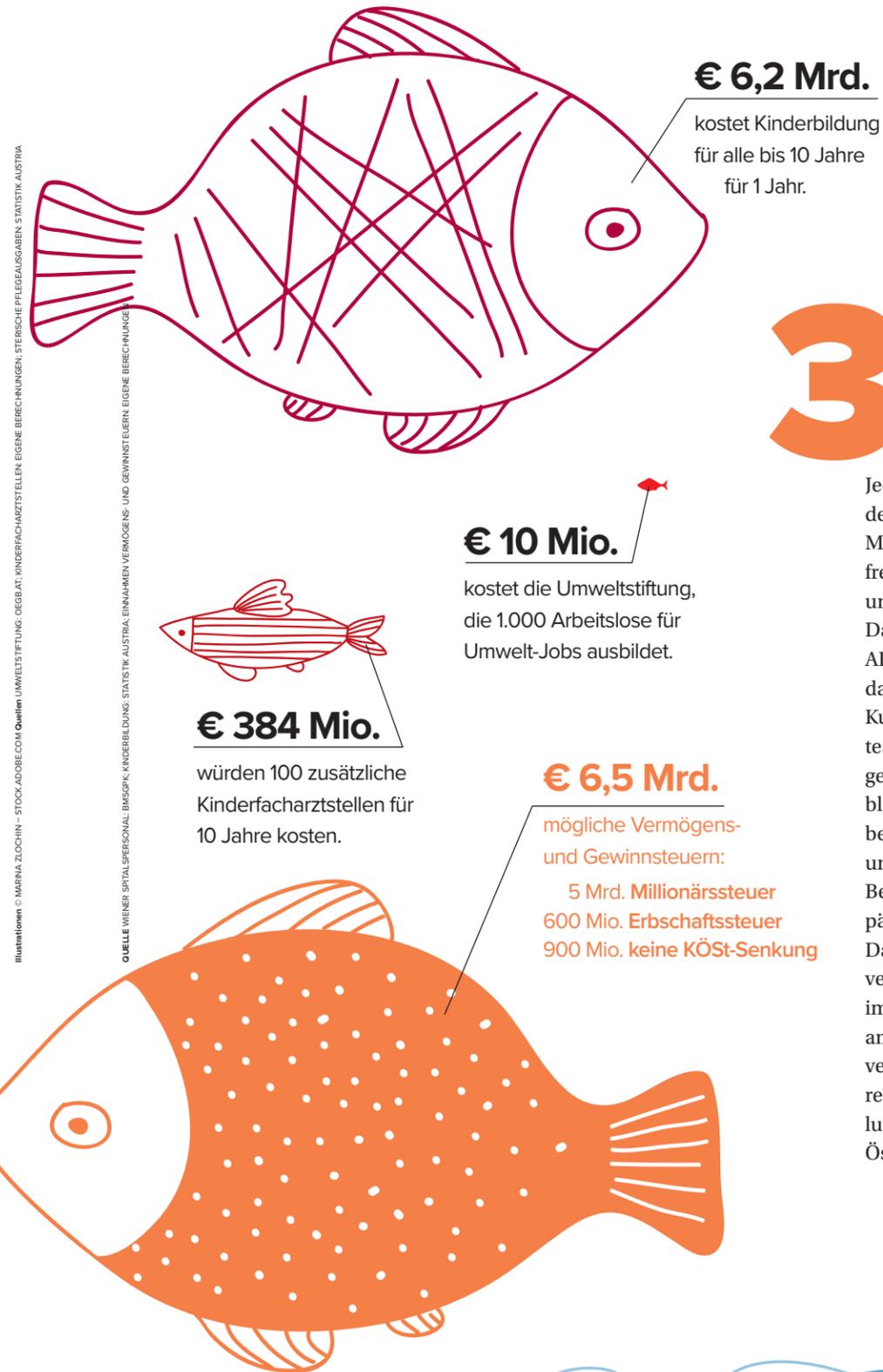
€ 703 Mio.

betragen die Pflegeausgaben der Steiermark für 1 Jahr.



Kleine und große Fische

Der Vergleich macht sicher: Mit einer fairen Besteuerung von Erbschaften und Vermögen könnten in Österreich viele wichtige Sozial-, Gesundheits- und Bildungsausgaben mitfinanziert werden. Rund 6,5 Mrd. Euro wären dann jedes Jahr zusätzlich im Topf.



3. Warum ist Österreich so ein schönes Land für Erben?

Jedes Jahr werden hierzulande rund zehn Milliarden Euro vererbt, bis 2040 wird diese Zahl auf 20 Milliarden steigen – nach aktuellem Stand steuerfrei. In Österreich gibt es seit 2008 keine Erbschafts- und Schenkungssteuer. Dadurch gehen unserem Staat Milliarden verloren. AK-Chefökonom Markus Marterbauer berechnete, dass eine Erbschaftssteuer allein im Falle des vor Kurzem verstorbenen Red-Bull-Chefs Dietrich Mateschitz drei Milliarden Euro für das Sozialsystem gebracht hätte. Mateschitz selbst, der seinen Hinterbliebenen 25 Milliarden steuerfreie Euro hinterlässt, befand eine Vermögenssteuer als „durchaus fair und legitim“. Der Rest Europas zieht in Sachen faire Besteuerung an uns vorbei. Denn nur in fünf europäischen Ländern gibt es keine Erbschaftssteuern. Damit gehen dem Sozialstaat nicht nur Unsummen verloren, es ist auch für das soziale Gleichgewicht im Land fatal. Sebastian Leitner, Wirtschaftsexperte am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, hat gezeigt, dass Erbschaften in Österreich hauptverantwortlich für die ungleiche Verteilung des Wohlstands sind. 7 von 10 Haushalten in Österreich erben übrigens gar nichts.

* Jeder kleine weiße Fisch ist ein 100-Mio.-Schritt

Wo sind all die Steuern hin?

Die sogenannte Steuerlücke bezeichnet den Betrag an Steuern, der in einem Jahr nicht bezahlt wurde, obwohl er bezahlt werden hätte müssen. Im Jahr 2021 waren das in Österreich zwischen 12 und 15 Mrd. Euro, die etwa von multinationalen Konzernen nicht bezahlt wurden. Das sind 6,5 bis 8,5 Prozent aller Steuern und Abgaben im Jahr 2021.

€ 12–15 Mrd.

Steuerlücke durch Steuerhinterziehung im Jahr 2021



WOLFGANG KATZIAN, ÖGB-PRÄSIDENT

4 Was geht es mich an, wie viel andere haben?

Vermögen sind in Österreich doppelt so ungleich verteilt wie im westeuropäischen Durchschnitt. Während durch Pandemie, Krieg und Energiekrise viele ihr Ersparnis aufbrauchen und der Wohlstand aller im Schnitt um zehn Prozent zurückgeht, legte die Zahl der Reichsten zu. Vor 15 Jahren gab es hierzulande 40 Menschen mit Dollar-Milliarden-Vermögen – 2021 waren es 49.

Fakt ist: Auch die Möglichkeit, einen guten Job und entsprechend hohe Einkommen zu bekommen, wird in Österreich immer noch vererbt. Und dieser Reichtum wird nicht durch Steuern umverteilt, sondern bleibt fest in den Händen der wenigen Reichen. Den Großteil der Steuern, die unser sozialstaatliches System stützen, bezahlen ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und KonsumentInnen. Diejenigen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, schultern 80 Prozent der Steuerlast. Unternehmen und Vermögende übernehmen nicht einmal 15 Prozent – das ist halb so viel wie im OECD-Schnitt. Und nicht nur das: Die Steuern, die es gibt, werden allzu oft umgangen. Wie die AK zeigt, fehlen unserem Sozialstaat unter anderem durch Unternehmen und Vermögende, die ihre Steuern nicht zahlen, bis zu 15 Milliarden Euro – und das allein im Jahr 2021.

5 Wie viel Macht haben Superreiche?

Eine Studie des Sozialministeriums aus dem Jahr 2019 zeigt, dass Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen sich mehr für Politik interessieren. Lässt sich das auf das Wahlverhalten der Menschen umlegen, ist das eine Gefahr für die Demokratie. Denn reiche Menschen wählen in ihrem eigenen Interesse. Wenn Menschen mit wenig Vermögen und Einkommen nicht wählen, werden sie als Wählergruppe für die Politik weniger wichtig. Das erhöht die Gefahr, dass Politik im Sinne der Reichen gemacht wird – noch stärker als bisher, so die Studie.

Aber reiche Menschen interessieren sich nicht nur mehr für Politik, sie können sie auch direkt beeinflussen. Zum Beispiel durch Parteispenden. Superreiche spenden große Beträge an Parteien, die ihre Interessen vertreten. Diese machen die Politik in diesem Land – und sorgen unter anderem dafür, dass es keine weiteren vermögensbezogenen Steuern gibt. Laut aktuellem Regierungsprogramm soll es sogar weitere Steuerzuckerln geben. Der ÖGB fordert, dass die geplante Senkung der Unternehmensgewinnsteuer (Körperschaftsteuer) gestoppt wird. Denn dadurch würde dem Sozialstaat jedes Jahr fast eine Milliarde Euro entgehen. Übrigens: Höhere Beiträge von Reichen und Unternehmen mit hohen Gewinnen würden den Wirtschaftsstandort – anders, als gerne behauptet – nicht gefährden. Im Gegenteil, sie würden dafür sorgen, dass mehr Mittel für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stehen und ArbeitnehmerInnen entlastet werden.

6 Was könnten wir mit Vermögens- und Gewinnsteuern finanzieren?

Eine Millionärssteuer mit einer Besteuerung ab einer Million Euro pro Haushalt schlägt etwa die Gewerkschaft GPA vor. Durch den großzügigen Freibetrag von 999.999 Euro träfe die Steuer nur die reichsten vier bis fünf Prozent der Haushalte – HäuslbauerInnen wären nicht betroffen. Das könnte dem Sozialstaat jährlich etwa fünf Milliarden Euro bringen.

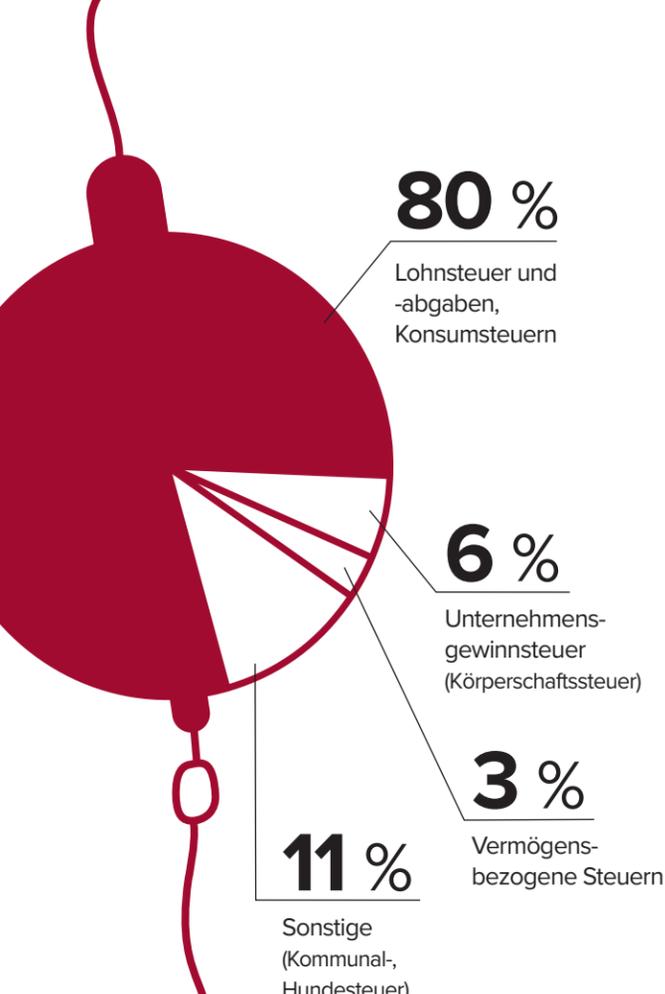
Mit den Einnahmen aus einer Millionärssteuer, einer Erbschaftssteuer und der Rücknahme der geplanten Körperschaftssteuer-Senkung könnten jedes Jahr rund 6,5 bis 7 Milliarden Euro eingenommen werden, die in Bereichen wie Bildung, Pflege, Gesundheit, Klimaschutz und soziale Absicherung mehr als dringend benötigt werden.

Eine Übergewinnsteuer nach ÖGB/AK-Modell für Energieunternehmen, die sich an der Teuerungskrise eine goldene Nase verdienen, bringt zusätzlich bis zu zwei Milliarden Euro im Jahr. Diese Summe muss für die Entlastungsmaßnahmen in der Teuerungskrise aufgewendet werden. In Zeiten von multiplen Krisen und zunehmender Teuerung legt der ÖGB seit einem Jahr konkrete Vorschläge auf den Tisch: Es braucht dringend einen Energiepreisdeckel für alle Heizformen – eine Strompreisbremse ist nicht genug. Die Mehrwertsteuer auf Öffi-Tickets, Sprit und Lebensmittel muss befristet ausgesetzt werden. Die Mietzinserhöhungen müssen zurückgenommen und ausgesetzt werden, eine gesetzliche Mietobergrenze für Wohnungen über 30 Jahren den Mietmarkt entlasten.

Millionärssteuer: ein falsches Tabu

Das reichste ein Prozent der ÖsterreicherInnen besitzt fast 50 Prozent des gesamten Nettovermögens in unserem Land. Die Hälfte der Bevölkerung hat kaum nennenswertes privates Vermögen, also meistens auch kein Ersparnis. Der Anteil vermögensbezogener Steuern am Gesamtsteueraufkommen beträgt in Österreich knapp 1,3 Prozent, damit liegen wir im OECD-Vergleich ganz hinten. ArbeitnehmerInnen zahlen mit Lohn- und Konsumabgaben satte 80 Prozent in den Steuertopf ein. Die Eckdaten der Steuerschieflage in Österreich sind nicht neu, aber alarmierend, und der Handlungsbedarf steigt mit der aktuellen Teuerungskrise. Trotzdem bleibt die Einführung einer Millionärssteuer ein Tabu. Der Häuslbauer oder die oft zitierten VertreterInnen des Mittelstands wären davon aber genauso wenig betroffen wie Unternehmen. Auch die herbeigeredeten, angeblich negativen Auswirkungen auf Investitionen und Beschäftigung sind also Humbug. Irgendwann muss Schluss sein mit dieser bewussten Irreführung. Vermögende müssen endlich ihren Beitrag zur Bewältigung der Krisen leisten – eine Millionärssteuer ist eine Frage der Gerechtigkeit.

FOTO: KATZIAN, TINA SCHÖN, ÖGB ILLUSTRATION: QUELLE STEUERLÜCKE: ARBEITERNÄHMER



Wer finanziert den Sozialstaat?

Von 100 Steuer-Euros in Österreich kommen nur 1,3 Euro aus Vermögen. 80 Prozent der Steuern zahlen ArbeitnehmerInnen mit Lohn- und Konsumabgaben.

€ 866 Mio.

Dividende zahlte Red Bull nur für das Jahr 2021 an den kürzlich verstorbenen Didi Mateschitz.

7 Superreiche zahlen also fast nichts: Müssen wir das hinnehmen?

Fairness im Steuersystem ist die Grundlage eines funktionierenden Sozialstaates. Hat eine Gruppe von Menschen – etwa die ArbeitnehmerInnen – das Gefühl, eine unfaire Steuerlast zu tragen, schwächt das die Akzeptanz gegenüber dem Sozialstaat. Europäische Beispiele zeigen, dass es nie zu spät für mehr Fairness ist: Spanien führte zuletzt eine Solidaritätssteuer ein. Die kommenden zwei Jahre sollen Menschen mit einem Vermögen ab drei Millionen Euro eine Sondersteuer zahlen, die jedes Jahr 1,5 Milliarden Euro in die Staatskassen bringt. Damit werden unter anderem Steuersenkungen für GeringverdienerInnen finanziert. Wie eine faire Verteilung der Steuerlast gelingen kann, zeigen viele Staaten. Von 100 Steuer-Euros in Österreich kommen nur 1,3 Euro aus Vermögen, im OECD-Schnitt sind es 5,6. In Staaten wie Großbritannien, Kanada oder den USA sind es über zehn. Hinter Österreich liegen nur Tschechien und Lettland, was Fairness bei der Verteilung der Steuerlast angeht. Dabei hat die EU-Kommission Österreich bereits 2019 empfohlen, das Steuersystem umzugestalten: runter mit den Abgaben auf Löhne, hin zu „wachstumsfreundlicheren Einnahmequellen“ – wie Erbschafts- und Vermögenssteuern. ■

Wir sind nun bei einer Milliarde Euro angekommen. Die reichste Familie Österreichs ist die Familie Porsche-Piëch. Sie besitzt 41,6 Mrd. Euro. Um dieses Vermögen abzubilden, müssten wir diesen Balken also noch in den nächsten 41 **Solidarität**-Ausgaben abdrucken – das wären über 10 Jahre!

Vielleicht würde es der Familie Porsche-Piëch mit ihrem unvorstellbar großen Vermögen gar nicht auffallen, wenn sie Vermögenssteuern bezahlen müsste? Der Sozialstaat – und damit wir alle – würde aber massiv davon profitieren.

Klingt verlockend, ist aber ein Schmääh!

Einmalzahlungen statt langfristiger Lohnerhöhungen kosten ArbeitnehmerInnen Zehntausende Euro. Gewerkschaften halten mit echten Lohn- und Gehaltserhöhungen dagegen.



Das Geld in vielen Haushalten ist derzeit aufgrund der Teuerung knapp. Einmalzahlungen vonseiten der Regierung sind heiß begehrt, um etwa das Konto auszugleichen. Darauf wollte auch die Arbeitgeberseite bei den Kollektivvertragsverhandlungen setzen. Doch Einmalzahlungen verschaffen nur sehr kurzfristig Erleichterung und halten nicht lange an. Die explodierenden Preise für Energie, Lebens-

mittel, Wohnen und Treibstoff fressen die Entlastungsmaßnahmen schnell auf. Wer auf langfristige Lohn- und Gehaltserhöhungen verzichtet, verliert über das Erwerbsleben hinweg mehrere Zehntausend Euro. Die Gewerkschaften PRO-GE und GPA etwa haben im November kräftige Lohnerhöhungen für die 200.000 Beschäftigten der Metallindustrie erreicht. Die Ist-Einkommen wurden mit 1. November um bis zu 8,9 Prozent angehoben. Die KV-Min-

Beispiel: Verzichtet ein ArbeitnehmerIn im Rekord-Inflationsjahr 2023 auf eine Anpassung in der Höhe der rollierenden Inflation der letzten zwölf Monate, entgehen ihr im Laufe der nächsten 20 Jahre rund 66.000 Euro.

destlöhne stiegen um sieben Prozent. Und auch in vielen anderen Branchen konnten die Gewerkschaften ein kräftiges Lohn-Plus erreichen, um langfristig die Kaufkraft zu sichern. (es)

TIPP: Eine komplette Übersicht über alle KV-Verhandlungen und Abschlüsse 2022 findest du hier: www.oegb.at/kollektivvertrag2022

Inflation trifft Ärmste doppelt

Die Arbeitsmarktlage ist so gut wie lange nicht, mehr als 300.000 Menschen ohne Arbeit ist trotzdem eine erschreckende Zahl. „Sinnvoll wäre jetzt, alle Kraft in Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen zu stecken. Anstatt das AMS-Budget zu kürzen, sollte noch viel mehr Geld für Arbeitsmarktpolitik investiert werden. Jeder Euro, der in eine aktive Arbeitsmarktpolitik fließt, ist sinnvoll angelegt“, so Ingrid Reischl, Leitende Sekretärin des ÖGB, angesichts der entspannteren Lage am Arbeitsmarkt im November. Dennoch sind mehr als 300.000 Menschen ohne Arbeit. Sie leiden besonders unter der Rekordinflation und sind massiv armutsgefährdet. **Der ÖGB fordert daher weiter die Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent Nettoersatzrate.** „Wenn die Bundesregierung das Arbeitslosengeld nicht erhöht, nimmt sie ganz bewusst in Kauf, dass immer mehr Menschen in Österreich verarmen“, sagt Reischl, „denn die Teuerung kann sich niemand mehr leisten, Arbeitslose schon gar nicht.“ (es)

Her mit dem Wärmepaket!

Eine Preisobergrenze für den Grundbedarf an Energie für alle Heizformen ist dringend notwendig. **Auch für Haushalte, die mit Strom heizen, etwa mit Wärmepumpe oder Stromheizung, sowie für jene mit Gasheizungen fordert der ÖGB einen Preisdeckel für den Grundbedarf.** Und auch die Preise für Holzpellets explodieren. Zahlte man im Frühjahr noch rund 250 Euro pro Tonne Pellets, sind es jetzt durchschnittlich 630 Euro, Spitzenpreise liegen bei fast 700 Euro pro Tonne. Die Bundeswettbewerbsbehörde untersucht unter anderem wegen möglicher Preisabsprachen. Zur Finanzierung eines Wärmepaketes fordert der ÖGB eine Sondersteuer auf Übergewinne. Nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur verdienen die Energieunternehmen durch Übergewinne allein in der EU 200 Milliarden Euro im Jahr. Hier erfährst du mehr zum ÖGB/AK-Übergewinnsteuermodell: www.oegb.at/uebergewinnsteuer (es)

Bye-bye 9 to 5!

Die Zeit ist reif für eine Arbeitszeitverkürzung. Darin sind sich Beschäftigte quer durch alle Berufe und Branchen einig. Drei Arbeitnehmerinnen erzählen, wie ihr Leben an Qualität gewonnen hat, seit sie weniger Zeit im Job verbringen.

TEXT: PETER LEINFELLNER

Wo Arbeitszeitverkürzung doch schon geht:

➔ www.oegb.at/arbeitszeitverkuerzung

➔ www.oegb.at/arbeitszeitverkuerzung-krise

Acht Stunden am Tag, fünf Tage die Woche – das ist die typische Arbeitswoche für viele Beschäftigte in Österreich. Vollzeitbeschäftigte rackern in Österreich durchschnittlich gar 40,8 Stunden. Im EU-Vergleich haben nur die Menschen in Malta und Zypern mit rund 41 Stunden längere Arbeitswochen.

Doch die Beschäftigten in Österreich stehen überlangen Arbeitswochen kritisch gegenüber – mehr als die Hälfte sehnt sich nach einer Arbeitszeitverkürzung. Quer durch alle Berufe und Branchen würden die ArbeitnehmerInnen gerne um 2,6 Stunden pro Woche kürzer arbeiten, wie

der aktuelle Arbeitsklima Index zeigt. Männer wünschen sich eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 37,2 Stunden, Frauen 32,2 Stunden.

Weniger Arbeitszeit bedeutet mehr Freizeit

Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es einen starken ÖGB und starke Gewerkschaften. Sie setzen sich für kürzere Arbeitszeiten bei gleichem Lohn und Gehalt ein. Dafür muss zusätzliches Personal eingestellt werden, damit niemand noch mehr Arbeit in kürzerer Zeit erledigen muss. „Wir fordern Arbeitszeit-

Malta

41,2
STD.

Zypern

41,0
STD.

Österreich

40,8
STD.

Schweden

39,8
STD.

EU-27

39,7
STD.

Irland

39,1
STD.

Dänemark

37,6
STD.

Arbeitszeit im EU-Vergleich

Fast 41 Stunden verbringen Beschäftigte hierzulande im Job. Dabei sprechen Studien eine eindeutige Sprache: Jede Stunde weniger Arbeit tut unserer Gesundheit und Lebensqualität gut.

Edith Trijaska-Dobias

37 Stunden bei voller Bezahlung: neue Arbeitszeit im SWÖ-Kollektivvertrag.

Der Einsatz für Menschen steht bei Edith im Mittelpunkt – sie ist nicht nur für die Nachmittagsbetreuung der BewohnerInnen in einem PensionistInnenwohnheim in Wien zuständig, sondern auch Betriebsrätin in dem Haus.

Für die Beschäftigten vor Ort – und alle anderen KollegInnen im privaten Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereich – gehen die Arbeitsuhren seit fast zwölf Monaten anders. Vollzeitkräfte arbeiten seit 1. Jänner 2022 nur mehr 37 Stunden. Ein Erfolg, der von den Gewerkschaften erkämpft wurde.

„Meine KollegInnen sind begeistert davon. Gerade bei unserer oft körperlich sehr anstrengenden Arbeit sind längere Erholungsphasen einfach wichtig“, ist Edith überzeugt. Aus vielen Gesprächen mit ihren KollegInnen weiß sie, „dass Freizeit immer wichtiger wird. Jede Minute und jede Stunde Freizeit sind wertvoll und bedeuten letztlich mehr Lebensqualität.“

Kürzere Arbeitswochen haben für Edith aber noch einen weiteren Vorteil: „Ich glaube, dass man so neue Leute quasi anlocken kann. Vor allem junge Menschen werden sich denken: ‚Wow, die haben nur 37 und nicht 40 Stunden Arbeit pro Woche! Und wir wissen alle, dass wir dringend Nachwuchs brauchen.‘“

Dass sich kürzere Arbeitszeiten über kurz oder lang in vielen weiteren Branchen durchsetzen, steht für Edith außer Frage: „Das wird einfach die Zukunft sein!“

verkürzung in jeder Form – das kann eine kürzere Wochenarbeitszeit sein, kürzere Jahresarbeitszeit, mehr Urlaub für alle oder auch das Nachholen von Feiertagen, die auf ein Wochenende fallen. Alles an weniger Arbeitszeit bedeutet mehr Freizeit“, sagt ÖGB-Arbeitsrechtsexperte Martin Müller.

Motivation steigt, Krankenstände sinken

Die Vorteile einer Arbeitszeitverkürzung liegen auf der Hand: Beschäftigte haben mehr Zeit für Familie, FreundInnen und Hobbys. Neben dem Boost für die Lebensqualität zeigen Studien, dass Menschen

Arbeitszeitverkürzung?

„Das wird einfach die Zukunft sein!“, ist sich Edith Trijaska-Dobias sicher.

Foto: © MANDL Quelle: EUROSTAT 2020



Martin Müller
ist Arbeitsrechts-
experte im ÖGB

mit einem kürzeren Arbeitstag motivierter und auch gesünder sind. Sie fehlen seltener in der Arbeit, haben mehr Zeit, um sich von ihrem Arbeitstag zu erholen, und die Zahl der Arbeitsunfälle sinkt. Ein weiteres Plus: Menschen nutzen ihre zusätzliche Freizeit für gesundheitsförderndes Verhalten. Sprich: Sie bewegen sich, treiben mehr Sport, wie wissenschaftliche Analysen zeigen.

Alles nur ein Machtspiel?

Auch wenn Menschen bei kürzeren Arbeitswochen produktiver im Job sind,

kommt vonseiten der Wirtschaft stets ein Nein bei der Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung. Kein neues Muster, betont Martin Müller: „Schon bei der Forderung nach dem 8-Stunden-Tag im 19. Jahrhundert hat es geheißt, das ist unmöglich, das bringt die Wirtschaft um. Doch in Wahrheit geht es hauptsächlich darum, die Macht und Kontrolle über die Arbeitszeit der Beschäftigten zu behalten, und nicht um wirtschaftliche Sorgen.“

Wahr ist: Keine Volkswirtschaft weltweit ist je zusammengebrochen, nachdem die Arbeitszeit reduziert wurde.

Sabrinas Fazit zu verkürzten Arbeitszeiten und Schichtdiensten: „So lange frei zu haben, taugt natürlich jedem.“

Sabrina Brüstl

36 Stunden pro Woche,
Normalarbeitszeit im Mineralöl-KV

Seit mittlerweile 17 Jahren ist Sabrina Brüstl in der OMV-Raffinerie in Schwechat im Einsatz. Zuerst als Lehrling, mittlerweile ist sie Senior Operator und sorgt für einen reibungslosen Ablauf: „Ich betreue unsere Anlage am Leitstand und auch vor Ort, also mache Rundgänge, kontrolliere Druck und Temperatur oder überprüfe das Flammenbild der Öfen.“ Die 35-Jährige engagiert sich zudem auch als Betriebsrätin. In ihrem Job arbeitet Sabrina im Schichtdienst – die durchschnittliche Wochenarbeitszeit liegt bei 36 Stunden, verankert ist das im Mineralöl-Kollektivvertrag.

In Sabrinas Fall bedeuten Schichtdienste zwar teils sieben Tage Arbeit am Stück, aber danach gibt es fünf freie Tage. „Ich kenne es nicht anders und habe mein Leben gut darauf eingestellt“, erzählt sie. Ihre freien Tage nutzt Sabrina gerne für Kurzurlaub oder für Thermenaufenthalte. „So lange frei zu haben, taugt natürlich jedem“, schmunzelt sie. Dafür nimmt sie auch in Kauf, dass sie an Wochenende oder Feiertagen im Dienst ist: „Mit meinem Freundeskreis oder meiner Familie ist das alles kein Problem. Wir haben uns gut arrangiert.“

36 Wochenstunden im Job sind für Sabrina aber erst der Anfang. Sie hofft, „dass es zu weiteren Arbeitszeitverkürzungen kommt“, und zwar großflächig. Auch dafür will sie sich als Betriebsrätin einsetzen.



Martina Damej

34 Stunden pro Woche und volles
Gehalt im privaten Unternehmen

Wenn sie über ihre kurze Arbeitswoche spricht, gerät Martina Damej regelrecht ins Schwärmen: „Drei Tage Erholung am Stück sind Gold wert. Das XL-Wochenende eignet sich perfekt für einen Kurztrip, und man ist einfach gechillt, wenn man weiß, dass man am Sonntag bei der Rückfahrt nicht im Stau stehen wird, sondern gemütlich am Montag fahren kann.“

Seit drei Jahren genießt Martina bereits kurze Arbeitswochen. Seit Herbst 2019 werden beim Zweiradhändler Kropfitsch in Klagenfurt von Oktober bis Februar nämlich nur 34 Stunden gearbeitet – und das bei gleichem Gehalt. Jeden Montag bleibt der Betrieb geschlossen.

Martina arbeitet als Disponentin im Büro und kümmert sich darum, dass alle KundInnen sämtliche Unterlagen bekommen, bevor sie mit ihrem neuen Fahrzeug unterwegs sind. Seit mittlerweile 20 Jahren ist sie im Einsatz und kann sich gut an die Zeit vor den kurzen Arbeitswochen erinnern: „Jetzt ist es einfach stressfreier. Ich habe mehr Zeit für meine Familie und der Sonntag ist nicht mehr so belastend, weil man weiß, das Wochenende ist noch nicht zu Ende.“

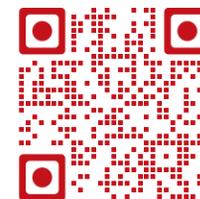
Die Arbeitszeitverkürzung hat Martina „auf alle Fälle mehr Lebensqualität gebracht“ und gleichzeitig bleibt die Produktivität hoch: „Unsere Arbeitsleistung sinkt nicht. Im Gegenteil: Wir arbeiten mit vollem Elan und jede/r gibt ihr/sein Bestes!“

„Man ist einfach gechillt.“ Martina und ihre KollegInnen arbeiten mit vollem Elan, weil sie genug Energie haben.

In Zukunft wird weniger gearbeitet

Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, dass es die letzte große Arbeitszeitverkürzung in Österreich in den 1970er-Jahren gegeben hat. 1975 wurde die 40-Stunden-Woche per Gesetz als Normalarbeitszeit verankert. Seit 1985 gelten für manche Branchen 38,5 Wochenstunden. Arbeitszeiten, die darunter liegen, gehen auf das Konto der Gewerkschaften, betont Müller: „Alles, was es an Arbeitszeitverkürzung in der Geschichte gegeben hat, war ein Erfolg der Gewerkschaften. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir damit jetzt am Ende sind. Die Arbeitszeit wird auf Dauer weiter reduziert werden.“ Die Zeit ist reif für Arbeitsbedingungen der Zukunft, damit alle gesund und bis zur Pension in einer Vollzeitbeschäftigung arbeiten können. ■

Du willst mehr zum
Thema Arbeitszeit-
verkürzung wissen?
Hör dir unseren
Podcast an!



[www.oegb.at/
podcast-arbeits-
zeitverkuerzung](http://www.oegb.at/podcast-arbeitszeitverkuerzung)



TIPP: „REDEN WIR DARÜBER!“

Eine solidarische Arbeitswelt entstehen zu lassen, ist das Ziel von **Lena Marie Glaser**. Die Autorin und Juristin kündigte eine Fixanstellung im öffentlichen Dienst, um mitzuhelfen, die „New Work“ zur Umsetzung zu bringen: Wertschätzendes Betriebsklima, Arbeitszeitverkürzung und Auseinandersetzung auf Augenhöhe sollen dabei im Zentrum des Arbeitslebens stehen.

Am **23.1.2023** stellt Glaser bei „Reden wir darüber!“ (ÖGB Steiermark) online ihr aktuelles Buch vor und erklärt dabei unter anderem, warum das, was wir unter dem Begriff „Work-Life-Balance“ verstehen, kein Allheilmittel ist. Hier geht es zur Veranstaltungsanmeldung: www.oegb.at/steiermark-buch

Von Natur aus gut vorsorgen.



Eco Select Invest

Profitieren Sie jetzt von unserer 100 % nachhaltigen fondsgebundenen Lebensversicherung!

#einesorgeweniger
Ihre Sorgen möchten wir haben.

Zu diesem Versicherungsprodukt gibt es ein Basisinformationsblatt, das bei Ihrer/Ihrem BeraterIn schriftlich und elektronisch (E-Mail) erhältlich ist. Die jeweils aktuelle Fassung finden Sie auch auf unserer Website wienersstaetische.at



**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP

FacharbeiterInnen braucht das Land!

Quer durch alle Branchen werden dringend Fachkräfte gesucht. Der Anton-Benya-Preis wird bereits seit 50 Jahren an Projekte verliehen, die sich in diesem Bereich besonders engagieren.

TEXT: BARBARA KASPER

Bis vor wenigen Jahren hat man jungen Menschen geraten, nur dann eine Lehre zu machen, wenn sie nicht „gut genug“ für die Schule waren. Der Irrglaube, dass die Lehre nur die zweite Möglichkeit sei, und die Tatsache, dass Betriebe immer weniger Lehrstellen angeboten haben, hat sich auf die Nachfrage geschlagen. Doch damit ist jetzt Schluss!

Zum fixen Job mit einer Lehre

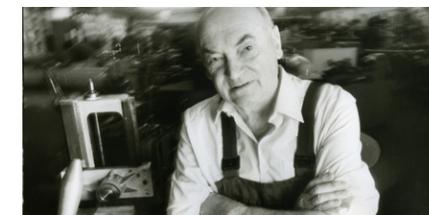
„Karriere mit Lehre“ mag abgedroschen klingen. Doch wer sich für eine Lehre – egal in welcher Branche – entscheidet, muss sich um einen Arbeitsplatz keine Sorgen machen. Denn Fachkräfte werden quer durch alle Branchen dringend benötigt. Was es dazu braucht, sind Betriebe, die Lehrstellen anbieten und qualitativ hochwertig ausbilden. Sie haben die Fachkräfte von morgen gleich im eigenen Unternehmen.

50 Jahre Anton-Benya-Preis

Dem ehemaligen ÖGB-Präsidenten Anton Benya war es während seiner Amtszeit (1963–1985) schon immer wichtig, den Wert und die Bedeutung der Facharbeit – insbesondere der manuellen Arbeit – der Öffentlichkeit bewusst zu machen. Zu seinem 60. Geburtstag wurde daher der Anton-Benya-Stiftungsfonds gegründet. Seit 1972 werden damit alle zwei Jahre Persönlichkeiten und Projekte ausgezeichnet, die sich in besonderem Ausmaß um die Facharbeit verdient gemacht haben.

Hightech-IngenieurInnen

Heuer feierte der Anton-Benya-Preis seinen 50. Geburtstag. Ausgezeichnet wurde unter vielen etwa die Firma Engel Austria GmbH. Hier werden Spritzgießmaschinen hergestellt. Mit diesen Maschinen werden Kunststoffteile für die Automobilindustrie, Verpackungsmaterial oder Medizintechnik produziert. Seit 1945 bildet die Firma Engel junge Menschen zu Fachkräften aus. Es gibt Kooperationen mit Schulen, um als Ausbildungsbetrieb auf sich aufmerksam zu machen: Betriebsbesichtigungen, Werkunterricht, Schulprojekte, Schulsponsoring, berufspraktische Tage und der Tag der offenen Engel-Lehrwerkstätten. ■



Mit dem Anton-Benya-Preis werden Projekte ausgezeichnet, die die Bedeutung der Facharbeit hochhalten. Denn Fachkräfte sind gefragt wie nie zuvor.

HÖRTIPP
Podcast: Wo sind all die Fachkräfte hin?

[www.oegb.at/
podcast-fachkraefte](http://www.oegb.at/podcast-fachkraefte)

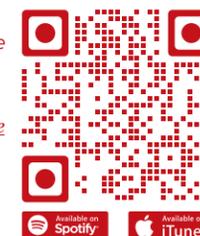


Foto BENYA: © MANFRED KLIMEK, ÖGB; PREIS VERLEHUNG: © MARKUS MORIANZ

Wenig Urlaub nehmen, viel bekommen!

Jänner

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
26	27	28	29	30	31	01
02	03	04	05	06	07	08
09	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29

4 Urlaubstage
= **9 Tage frei**

Februar

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
30	31	01	02	03	04	05
06	07	08	09	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28	29	30	31		

4 Urlaubstage
= **9 Tage frei**

März

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
01	02	03	04	05		
06	07	08	09	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28	29	30	31		

4 Urlaubstage
= **9 Tage frei**

April

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
03	04	05	06	07	08	09
10	11	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21	22	23
24	25	26	27	28	29	30

4 Urlaubstage
= **9 Tage frei**

Mai

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
01	02	03	04	05	06	07
08	09	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

10 Urlaubstage
= **22 Tage frei**

Juni

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
01	02	03	04	05	06	07
08	09	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30					

10 Urlaubstage
= **22 Tage frei**

Juli

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
01	02	03	04	05	06	
07	08	09	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30	31			

4 Urlaubstage
= **9 Tage frei**

September

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
01	02	03				
04	05	06	07	08	09	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	

6 Urlaubstage
= **12 Tage frei**

Oktober

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
01	02	03	04	05	06	07
08	09	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

6 Urlaubstage
= **12 Tage frei**

November

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
30	31	01	02	03	04	05
06	07	08	09	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28	29	30			

7 Urlaubstage
= **18 Tage frei**

Dezember

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
01	02	03	04	05	06	07
08	09	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

7 Urlaubstage
= **18 Tage frei**

25 = insgesamt freie Tage
01 = Urlaubstage

fett = Wochenende
01 = Feiertag

Ab in den Urlaub!

Urlaub ist die wohl schönste Zeit im Jahr. Damit es vor Urlaubsbeginn keine Probleme gibt, beantworten wir auf unserer Homepage die wichtigsten Fragen zum Urlaubsrecht. Wir klären auf, ob man einfach auf Urlaub gehen kann, wann man möchte, oder was passiert, wenn man im Urlaub krank wird.

Alle Infos: www.oegb.at/urlaub



Foto © OLEKSANDR MEROZ - STOCK.ADOBE.COM



Geld zurück!

Statt ursprünglich zur Jahresmitte geplant, haben ÖGB und AK durchgesetzt, dass die **Senkung von Tarifstufen bei der Lohn- und Einkommensteuer** mit 1. Jänner 2022 in Kraft getreten ist. ArbeitnehmerInnen erhalten durch die kalte Progression verlorenes Geld dadurch zurück.

Green Jobs

10 Millionen Euro für 1.000 Green Jobs: Seit April hat die vom **ÖGB geforderte Umweltstiftung ihre Arbeit aufgenommen** und bildet Menschen betriebsnah in den künftig stark nachgefragten Bereichen Umwelt und Nachhaltigkeit aus.

Schulstartpaket

Das **Schulstartgeld für Schulkinder in der Sozialhilfe** sollte von 100 auf 80 Euro gekürzt werden. Die ÖGB-Frauen haben Druck gemacht und erreicht, dass es auf 120 Euro erhöht wurde.

Sonderbetreuung

Im 3. Coronajahr konnte der ÖGB erreichen, dass die Sonderbetreuungszeit **bis Ende des Schuljahrs 2021/22 verlängert und für das Schuljahr 2022/23 wieder eingesetzt** wurde. Außerdem ist die Risikogruppenfreistellung bis Ende Juni verlängert und dann auf Druck der Gewerkschaften ab 1. August wieder reaktiviert worden.

Von Steuersenkungen über Kurzarbeit, Umweltstiftung und Sonderbetreuungszeit: Dank ÖGB und Gewerkschaften waren auch 2022 Verbesserungen möglich. Die Highlights.

TEXT: BARBARA KASPER

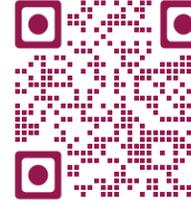
Kurzarbeit

Aufgrund der unsicheren Arbeitsmarktsituation gilt seit Juli die Kurzarbeit neu. Erneut konnte der ÖGB erreichen, dass ArbeitnehmerInnen **in Kurzarbeit 90 Prozent ihres letzten Einkommens** bekommen.

Gegen die Teuerung

Das Anti-Teuerungspaket der Regierung hat der ÖGB stark kritisiert. Statt nur Einmalzahlungen fordert der ÖGB eine Übergewinnsteuer, einen Energiepreisdeckel für Strom und Gas sowie die vorübergehende Streichung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel. **Damit sich die Menschen ihr Leben wieder leisten können.**

Du willst alle ÖGB-Erfolge 2022 feiern und wissen, was 2023 ansteht? Hier findest du alle Infos:



www.oegb.at/rueckblick2022

Der ÖGB stellt die Weichen neu

2023 ist es so weit. **Von 20. bis 23. Juni findet der ÖGB-Bundeskongress** statt. Das bedeutet, rund 500 stimmberechtigte Delegierte legen die Schwerpunkte und politischen Ziele für die kommende fünfjährige Periode fest. Außerdem werden der/die ÖGB-PräsidentIn und zwei VizepräsidentInnen gewählt. Auch die Gewerkschaftsfrauen tref-

fen sich in ihrem höchsten Gremium zum **ÖGB-Bundesfrauenkongress von 18. bis 19. April 2023**. Sie fokussieren sich darauf, die Arbeits- und Lebenssituationen von Frauen nachhaltig zu verbessern, und beschließen dahingehend ihre Ziele. Gewählt werden die Frauenvorsitzende und ihre Stellvertreterinnen.

„Wir vergessen und verzeihen nicht“

Tausende Tote: Marcus Strohmeier, Internationaler Sekretär des ÖGB, über den Kampf für Menschenrechte im WM-Gastgeberland Katar.



Marcus Strohmeier
Internationaler
Sekretär des ÖGB

Vor Anpfiff der WM in Katar gab es laute Kritik am Gastgeber. Die Hoffnung bleibt, dass das zu Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte geführt hat.

Wie hat der Kampf für faire Arbeitsbedingungen im Wüstenstaat begonnen?

In Katar waren Gewerkschaften verboten. Ich hatte von einem Betroffenen von den Zuständen auf den WM-Baustellen in Doha erfahren. 2013 konnte ich mir gemeinsam mit anderen Gewerkschaftern vor Ort ein Bild machen.

Was habt ihr dort gesehen?

Kaum Sicherheitsvorkehrungen, 12 bis 14 Stunden Arbeit täglich, Elendsquartiere. Das Schlimmste war fehlendes Wasser auf vielen Baustellen bei bis zu 50 Grad im Sommer. Häufigste Todesursache waren nicht Arbeitsunfälle. Arbeiter sind abends einfach tot umgekippt. Sie hatten untertags nichts zu trinken, waren total dehydriert, haben dann zwei Liter getrunken – das hält auch ein gesundes Herz nicht aus.

Wie sind dann Verbesserungen erreicht worden?

Die katarische Regierung argumentierte zuerst, Bau-firmen hätten die Verantwortung, haben aber nicht für die gesetzlichen Grundlagen gesorgt. Die Katarer dachten, uns geht der Atem aus. Wir haben aber weiter Veranstaltungen gemacht, Protestbriefe nach Katar geschickt und bei unseren Regierungen lobbyiert. Gemeinsam mit Schweden hat Österreich eine EU-Richtlinie erreicht, dass bei Sportgroßveranstaltungen auf Arbeitsrechtsstandards geachtet werden muss.

Wie ist der Status jetzt, sind die Verbesserungen nachhaltig?

Arbeiter können jetzt erstmals vor Gericht gehen. Es gibt ein Arbeitsinspektorat, Gewerkschaftsbüros und



Internationale Gewerkschaften und auch der ÖGB haben sich vor Beginn der WM in Katar für Menschenrechte und ArbeitnehmerInnenschutz stark gemacht.

Mindestlöhne. Trotzdem ist Katar immer noch sehr weit weg von europäischen Standards. Ich glaube nicht, dass die Reformen nach der WM wieder abgeschafft werden, sie beeinträchtigen das Leben der katarischen Eliten nicht. Unternehmer müssen jetzt mehr Regeln einhalten.

Aber auch wenn Verbesserungen beibehalten werden, müssen wir im Gedenken an die Todesopfer sagen: „Wir vergessen und verzeihen nicht! So etwas wie in Katar darf es nie wieder im Vorfeld oder während solch eines globalen Events geben.“ ■

Foto STROHMEIER: © MANDL/AKTION; © GEWERKSCHAFT BAU-HOLZ

Jede fünfte Frau!

In Österreich war schon jede fünfte Frau ab ihrem 15. Lebensjahr körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Im Zuge der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ (25.11.–10.12.) haben wir Expertinnen gefragt, welche Maßnahmen es im Kampf gegen Gewalt an Frauen braucht.

TEXT: TANJA HOLZ



Wegschauen ist keine Lösung!

Martina Fürpass, Geschäftsführerin Verein Sprungbrett

Sexuelle Belästigung ist eine der häufigsten Erscheinungsformen von Gewalt. Am Arbeitsplatz sind mehr als 56 Prozent aller ArbeitnehmerInnen von sexuellen Übergriffen betroffen. 93 Prozent der Betroffenen sind weiblich, Täter sind fast ausschließlich männlich (98 Prozent). 64 Prozent der Belästigungen passieren durch Vorgesetzte – was einen direkten Zusammenhang mit Macht- und Hierarchieverhältnissen verdeutlicht. Arbeitgeber haben ihre Fürsorgepflicht wahrzunehmen. Das bedeutet konkret, dass Arbeitgeber sofort geeignete Maßnahmen ergreifen müssen, wenn sie von der Belästigung erfahren. Wegschauen ist keine Lösung und schützt nicht vor Vorfällen. Es braucht dringend mehr Geld für aktive Präventionsmaßnahmen, um Gewalt an Frauen zu verhindern.

TIPP: Das Projekt Act4Respect bietet vertrauliche und kostenlose Telefonberatung an: 0670/600 70 80 (Mo. 11–14 Uhr, Do. 16–19 Uhr).

Foto FÜRPASS: © MANDL/RYCHLY; ZVG © GAAL; © DAVID BOHMANN



Arbeitswelt ohne Gewalt

Yvonne Rychly, stellvertretende vida-Bundesfrauenvorsitzende

In einer vida-Umfrage gaben 57 Prozent der Beschäftigten in Dienstleistungs-, Gesundheits- und Verkehrsberufen an, dass sie bereits Opfer von Gewalt im Job wurden. Wir haben uns dafür starkgemacht, dass das Strafrecht bei Übergriffen auf Beschäftigte in den öffentlichen Verkehrsbetrieben und in Gesundheitsberufen verschärft wird. Wir bieten unseren Mitgliedern und BetriebsrätInnen zudem Unterstützung an. Zum besseren Schutz der Frauen muss Österreich endlich das internationale Übereinkommen über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt ratifizieren. Österreich hat 2019 für das Übereinkommen gestimmt, doch die Antwort des Arbeitsministeriums auf den Appell von ÖGB und AK, die zur Ratifizierung des Übereinkommens notwendigen formalen Schritte zu unternehmen und die Sozialpartner mit ihrer Expertise in diesen Prozess einzubinden, fiel negativ aus.

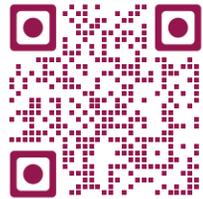


Nachhaltige Finanzierung

Kathrin Gaál, Vizebürgermeisterin und Frauenstadträtin in Wien

Frauen, die von Gewalt betroffen sind, brauchen schnell und unbürokratisch Hilfe. Diese gibt es beim 24-Stunden-Frauennotruf der Stadt Wien. Und: In Wien haben wir vier Wiener Frauenhäuser mit insgesamt 175 Plätzen für Frauen in Not. Damit wir noch mehr Frauen helfen können, werden wir 2022 ein fünftes Frauenhaus eröffnen. Im Jahr darauf wird zudem eine Einrichtung in ein neues Frauenhaus für Mädchen und junge Frauen umgewandelt. Gewaltschutz geht uns alle an! Wir müssen an einem Strang ziehen. Wir brauchen einen regelmäßigen Gewaltschutzdialog mit allen, die hier zuständig sind. Außerdem braucht es einen Ausbau des Opferschutzes und eine nachhaltige Absicherung von Gewaltschutzeinrichtungen – statt bloßer Projektfinanzierung. Hier ist der Bund gefragt!

„Fußball-WM 2022 – wenn Sport über Leichen geht“: Wie dieses System funktioniert und was sich für ArbeitnehmerInnen ändern muss, erfährst du in unserem Podcast.



www.oegb.at/podcast-katar





Alle Podcastfolgen zum Nachhören auf:

podcast.oegb.at/nguv



Gewerkschaft zum Nachhören

Bereits mehr als 60 Folgen hat der **ÖGB-Podcast Nachgehört / Vorgedacht** auf dem Buckel. Aus einer Idee wurde ernst, mittlerweile erscheint jeden zweiten Mittwoch eine neue Folge, in der Aussagen von PolitikerInnen oder EntscheidungsträgerInnen analysiert werden. Peter Leinfellner und Barbara Kasper aus der ÖGB-Kommunikation diskutieren mit Gästen Themen aus Politik, Arbeits- und Gewerkschaftswelt. Themen der letzten Folgen waren: Lohngerechtigkeit: Von wegen lückenlos; Das Märchen der Lohn-Preis-Spirale oder Arbeitszeitverkürzung: Genug geschuftet.

Foto: PODCAST: © DROBOT DEAN - STOCK.ADOBE.COM; DALJINOUS-GLATZ: © ÖGB

Was bedeutet eigentlich ...?

Pensionssplitting?

Warum Pensionssplitting nicht gegen Altersarmut hilft

Automatisches Pensionssplitting ist kein wirksames Mittel gegen Altersarmut von Frauen, erklärt ÖGB-Pensionsexpertin Dinah Djalinos-Glatz.

Was bedeutet Pensionssplitting?

Das bedeutet, dass erworbene Pensionsgutschriften zwischen Eltern aufgeteilt werden. Freiwillig kann man das bereits machen. In Zukunft soll das Pensionssplitting laut Regierungsprogramm für alle Eltern automatisch gelten. BefürworterInnen argumentieren, dass dies wirksam gegen Altersarmut von Frauen sei. In vielen Fällen ist das falsch.

Warum verhindert es Altersarmut von Frauen nicht?

Das automatische Pensionssplitting beugt der Armutgefährdung nicht vor, wenn die Ehe bis ins hohe Alter bestehen bleibt. In diesem Fall erhöht sich nur die Pension eines Partners/einer Partnerin, während die des/der anderen sinkt – das Familien-

einkommen bleibt gleich. Und auch bei Scheidung gilt: Wenn die Pension nach der Trennung unter der Ausgleichszulage bleibt und die Pensionistin alleinstehend ist, dann wird ihr Pensionsanspruch auf diese Einkommenshöhe, derzeit 1.030,49 € monatlich, aufgestockt. Ihr tatsächliches Einkommen bleibt somit gleich.

Was könnte man stattdessen einführen?

Das von ÖGB und AK entwickelte Modell der verbesserten Anrechnung der Kindererziehungszeiten erhöht Fraueneinkommen im Gegensatz zum geplanten Pensionssplitting wesentlich schneller. Dort ist auch ein Bonus für jene Elternteile vorgesehen, die in der Vergangenheit bereits Kindererziehungszeiten erworben haben. (tf)



Dinah Djalinos-Glatz ist ÖGB-Referatsleiterin für Sozialversicherungspolitik und Vertreterin des ÖGB in der Alterssicherungskommission.



Genug von komplizierten Begriffen und politischen Floskeln? Du willst die Strategien dahinter durchschauen? Melde dich zu unserem Newsletter an: gratis, kompakt, verständlich und natürlich jederzeit kündbar! www.oegb.at/newsletter

„Pensionen, von denen man leben kann“

Die neue ÖGB-PensionistInnenvorsitzende Monika Kemperle über neoliberale Angriffe auf das Pensionssystem und ein Altern in Würde.

INTERVIEW: TOUMAJ FARAGHEH



„Wir müssen aufpassen, dass das Pensionssystem nicht in Gefahr gebracht wird“, ist sich Monika Kemperle sicher.

Was sind deine Schwerpunkte als neue ÖGB-PensionistInnenvorsitzende?

Ein Altern in Würde. Dazu gehören Pensionen, von denen man leben kann, oder die Bekämpfung der Altersarmut und der Altersdiskriminierung. Bei der seit Langem anstehenden Pflegereform muss endlich viel mehr passieren.

Wie kann man unser Pensionssystem zukunftssicher machen?

Unser Pensionssystem – also dass arbeitende Menschen die Pension für die Älteren finanzieren und ihnen, wenn sie selbst in Pension sind, die Pension wiederum von den Jüngeren garantiert wird

– ist sicher. Auch die Alterssicherungskommission kommt zu diesem Schluss. Aber wir müssen aufpassen, dass das Pensionssystem nicht durch neoliberale Angriffe in Gefahr gebracht wird.

Was ist dir als erfahrener Gewerkschafterin besonders wichtig?

Mir ist wichtig, dass politische Entscheidungen nicht zulasten der Älteren und Schwächeren getroffen werden. Eine wirkliche Umverteilung ist daher unumgänglich. Die, die bisher aus all den Krisen profitiert haben, haben endlich auch ihren Beitrag zu einem stabilen Sozialstaat zu leisten. ■

Pflegereform: Gefahr in Verzug!

Gefährdungsanzeigen häufen sich und Krankenhäuser schlagen Alarm: Die Pflegereform hat den Begriff Reform nicht verdient.

Wien, Niederösterreich, Salzburg und weitere Bundesländer warnen vor einem Versorgungskollaps. Und das trotz Pflegereform? „Wir können hier eigentlich nicht wirklich von einer Reform sprechen“, stellt ÖGB-Pflegeexpertin Martina Lackner fest. Im Mai wurde zwar ein Maßnahmenpaket seitens der Regierung vorgestellt, das in die richtige Richtung geht, aber es sind viele weitere Schritte notwendig.

Viele Baustellen und die Zeit drängt

Immer noch fehlen zum Beispiel Maßnahmen zur Ausweitung der Kapazitäten der mobilen Dienste,

der Langzeitbetreuung, der Tagesbetreuung oder alternative Wohnformen. Und auch Konzepte zur dauerhaften Unterstützung pflegender Angehöriger oder Mindestkriterien für den Personaleinsatz sind nicht in Sicht. „Auch im Bereich der 24-Stunden-Betreuung warten wir noch auf Maßnahmen“, erklärt Lackner.

Und die Zeit drängt, denn die Gefährdungsanzeigen, mit deren Hilfe das Krankenhauspersonal auf die Probleme bei der PatientInnenversorgung aufmerksam macht, häufen sich. (tf)



Martina Lackner ist ÖGB-Gesundheits- und Pflegeexpertin

Klatschen ist zu wenig. Was die Pflege wirklich braucht, erfährst du hier:

www.oegb.at/pflegereform-wasfehlt

Günstiger Ski fahren mit dem ÖGB



In vielen Skigebieten Österreichs gibt es Vergünstigungen für ÖGB-Mitglieder. Alle Preisvorteile, von der Skiausrüstung bis zum Hotel direkt an der Piste, findet man auf preisvorteil.oegb.at

Wintersportfans dürfen sich freuen: Mit der ÖGB-Card sparen sie auf der Höss und Wurzeralm bis zu 17 Prozent! Zudem verlosen wir zwei Tageskarten für Erwachsene.

TEXT: AMELA MURATOVIC

Es ist wieder so weit: Die Skisaison 2022/23 ist in den Alpen gestartet. Wintersportfans dürfen sich nicht nur über den Pistenspaß freuen, mit der ÖGB-Card genießen sie diesen nämlich auch günstiger.

Spaß im Schnee zum Sonderpreis erwartet ÖGB-Mitglieder zum Beispiel in den Skigebieten Hinterstoder/Höss und Wurzeralm. Tageskarten für Erwachsene kosten Gewerkschaftsmitglieder nur 45,50 Euro, Kinderkarten (ab 10

Jahren) sind um 23 Euro erhältlich. Die flexible Vierstundekarte gibt es um 39,50 Euro, dazu kommen zwei Euro Chipeinsatz. ÖGB-Mitglieder fahren somit um bis zu 17 Prozent billiger Ski.

Verkauf seit 15. November

Gewerkschaftsmitglieder bekommen die Karten beim ÖGB Oberösterreich. Der Verkauf startete am 15. November – immer Montag bis Donnerstag von 7.30 bis 15.30 Uhr und am Frei-

Mitmachen und gewinnen!

Wir verlosen zwei Tageskarten für Erwachsene (wahlweise Wurzeralm oder Höss). Schicke ein Email mit dem Betreff "Skifahren" an gewinnspiel@oegb.at und mit etwas Glück gehören die Karten dir.

Einsendeschluss ist der 31.12.2022.

tag von 7.30 bis 12 Uhr. Abholtermine außerhalb dieser Zeiten sind möglich, müssen aber telefonisch unter 0732/66 53 91 vereinbart werden.

Stressfrei auch auf Salzburger Skipisten

Vergünstigungen gibt es für ÖGB-Mitglieder auch in zahlreichen Skigebieten in Salzburg. Dafür muss die ÖGB-Mitgliedskarte vorgelegt werden, Familienmitglieder müssen sich mit der E-Card ausweisen. Alle Preise sind ab Anfang Dezember auf www.oegb.at/salzburg abrufbar.

Skivergnügen in Kärnten

Auch im Skigebiet Sportberg Goldeck bei Spittal an der Drau gibt es in der Wintersaison 2022/23 wieder Vergünstigungen für Gewerkschaftsmitglieder. Skifreunde können

ab 28 Euro maximalen Pistenspaß genießen. Die Skisaison startet am 17. Dezember. Die Highlights: 25 Kilometer bestens präparierte und sehr breite Skipisten, moderne Beförderungsanlagen – persönliche Familien gondel, großräumige offene Anstellbereiche, großer Gratisparkplatz, 30.000 m² Übungsgebiete – Kinderland, Skitouren Lehrpfad und LVS-Training-Park, Schneeschuhwanderrouren, Freeride Area, freies WLAN an vier Hotspots, Skidepot und Skiverleih. Alle Details zu den Preisvorteilen und welche Regeln dafür beachtet werden müssen, findest du hier: preisvorteil.oegb.at/oegb/card-info. ■



ÖGB MITGLIEDER-RABATT¹⁾ **8%** ZUSÄTZLICH

1) Der Mitgliederrabatt gilt vom bisherigen Verkaufspreis für Neuaufträge und on top auf alle Prozentaktionen, gilt auch für Werbe- und Aktionsware sowie bei Aktionen der kika Fankarte und der Leiner Wohnraum-Karte, ausgenommen davon sind bereits reduzierte Ausstellungsprodukte, Warengutscheine, Serviceleistungen, Bücher, Elektrogeräte/Zubehör und Lebensmittel. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. Gültig bis 31.12.2022.

kika **VIELE GUTE GRÜNDE IM KIKA FANCLUB ZU SEIN. FANPUNKTE SAMMELN & GELD SPAREN!**

Jetzt anmelden und **500 FANPUNKTE STARTGUTHABEN** IM WERT VON 5 € SICHERN!

- GESCHENKE** Wir beschenken Sie mit kleinen Aufmerksamkeiten.
- PUNKTE-MILLIONÄR** Jede Punkteeinlösung ist Ihre Gewinnchance auf Fanpunkte im Wert von 1.000 €.
- GRATIS FANBUS** Holen Sie sich den kostenlosen Transporter für ein ganzes Wochenende.
- RESTAURANT** kika Fanpunkte auch in Ihrem kika Restaurant sammeln und einlösen.

Näheres bei Ihrem kika Wohnberater und auf kika.at/fanclub

Wohntraum-Club EXKLUSIVE VORTEILE FÜR IHR ZUHAUSE!

- WOHNTRAUM-GEWINNSPIEL** Ihre Gewinnchance auf Leiner-Münzen im Wert von 1.000 €.
- RESTAURANT** Leiner-Münzen auch in Ihrem Leiner Restaurant sammeln und einlösen.
- WOHNTRAUM-WAGEN** Kostenloser Transporter für ein ganzes Wochenende.
- TRAUM-GESCHENK** Wir beschenken Sie mit kleinen Aufmerksamkeiten.

Jetzt anmelden und **500 LEINER-MÜNZEN STARTGUTHABEN** IM WERT VON 5 € SICHERN!

Näheres bei Ihrem Leiner Wohnberater und auf leiner.at/wohntraum-club



Durchatmen, wenn das Weihnachtsgeld klingelt!

Jedes Jahr aufs Neue kämpfen Gewerkschaften dafür, dass das Weihnachtsgeld auf deinem Konto landet. Damit du erholsame Feiertage mit deinen Liebsten verbringen kannst. Denn gemeinsam sind wir auch in der Krise stark.

Mehr Info auf: www.oegb.at/weihnachtsgeld



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank